

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Leugner der Geschichte

Nicht nur die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer sind „empört und tief betroffen“ (siehe Seite 2) über die Äußerungen, mit denen an die Öffentlichkeit zu treten sich die Bundesräte Siegfried Kampl und John Gudenus keineswegs genierten. Es besteht weithin Übereinstimmung in der Ablehnung solcher Haltungen, die bewusst auf mangelnder Bereitschaft zur Kenntnisnahme historischer Tatsachen beruhen – wohl letztlich aus dem Grund, offenbar Sympathien für die braune Vergangenheit nicht aufgeben zu wollen. Und so manche Stimme aus dem Lager der FPÖ, aus dem die beiden genannten Herren stammen und das sie nur notgedrungen verlassen haben, beweist, dass man Entschuldigungen parat hat, die vermuten lassen: Dabei steht nicht eine überzeugte Ablehnung Pate, sondern der Wunsch, die Rechtsaußen nicht zu vergrämen, weil man sonst auch noch der Kerntruppe der Partei, oder heute zweier Parteien, die um sie buhlen, verlustig ginge.

Die Halsstarrigkeit jenes Mannes, der seine Sager von der Nazi-Verfolgung nach 1945 und den Deserteuren als Kameradenmörder nicht zurücknehmen will, hat zu der für Österreich einigermaßen peinlichen Notlösung geführt, dass er nur mit einer Verfassungsänderung wenigstens vom Präsidentenstuhl des Bundesrats ferngehalten werden kann, sodass ihm die zweifelhafte Ehre zuteil wurde, mit einer „Lex Kampl“ in die Geschichte einzugehen. Des anderen hartnäckigen Zweiflers an dem Bestehen von Gaskammern in Hitlers Reich hat sich nun wenigstens die Staatsanwaltschaft angenommen, die zwar das Bezweifeln noch nicht als Gesetzesverstoß sehen wollte, nun aber bei Verbreitung offenkundiger Unwahrheiten („nicht im Dritten Reich“) wohl wird eingreifen müssen.

Dass Gudenus dazu anmerkt, die Gaskammern seien „nur in Polen“ gewesen,

ist auch im Speziellen eine Provokation. Denn Polen hat es bekanntlich damals nicht gegeben; sogar in ihrer Bezeichnung „Generalgouvernement“ vermieden sie das Wort des Landes, das sie überfallen hatten. Die zweite Unrichtigkeit in der provokativen Bemerkung: Auschwitz-Birkenau lag nicht im „Generalgouvernement“, sondern war dem Reichsgau Oberschlesien einverleibt worden, also jedenfalls seit 1940 unmittelbares Reichsgebiet. Und die dritte Unrichtigkeit: Gaskammern gab es durchaus auch in einigen schon in Friedenszeiten errichteten Konzentrationslagern im Reichsgebiet, zum Beispiel in Mauthausen.

Es hat sich jedenfalls wieder einmal gezeigt, welchen Sinns so mancher ist, der von der FPÖ in höchste Ämter und Funktionen gehievt wurde. Dass in Österreich Abgeordnete parlamentarischer Institutionen solche Äußerungen vor vollem Haus vorbringen und sich dafür keineswegs als „Ausrutscher“ entschuldigen, sondern dazu bekennen, ist nicht nur empörend, sondern ist auch für das Bild, das sich manche Stimme im Ausland (zugegeben: oft nur zu gerne) macht, schädlich.

Aber, wie die einhelligen Reaktionen in Österreich zeigen, werden die Ansichten von Kampl und Gudenus auch in unserem Land von niemandem mehr hingenommen. Peinlich bleibt, wenn Haider, der dereinst in Innsbruck von Kampl (und dem Nazi-Buchstabierender und neuerdings als Spesenritter auftretenden Gaugg) auf die Schultern gehoben wurde, die „traumatischen Erlebnisse“ seines Freundes als Entschuldigung für dessen Ausfälle anführt. Anderes als die nebenstehend angeführte Leserbrief-Schreiberin braucht man dazu nicht zu sagen.

Zugleich dürfte auch eine andere Eiterbeule aufbrechen, die offenbart, was von der „Saubereitspartei“ wirklich zu halten ist. Mit Spesenabrechnungen in Millionenhöhe geraten nun Funktionäre bis hinauf zur Spitze, zu Jörg Haider und seiner Ex-Nachfolgerin als Obfrau, Susanne Riess-Passer, unter Druck, und man darf mit Spannung erwarten, was die Erhebungen über deren Dauerreisen und Luxusanschaffungen ergeben. Der vordergründig agierende Aufdecker der Alt-FPÖ Strache präsentiert sich als neuer Saubermann – die leere Parteikasse wird ihn notgedrungen vor ähnlichen Versuchungen bewahren.

Jedenfalls vervollständigt auch dies das Bild, das sich die Österreicher von den Stützen machen können, auf die Bundeskanzler Schüssel für das Überdauern seiner Regierung baut.

Manfred Scheuch

Fünf Fragen an Siegfried Kampl

Offener Brief an Bundesrat Kampl

Um meine Geschichtskenntnisse zu verbessern, bitte ich Sie höflich, mich aufzuklären, was Sie unter „brutaler Verfolgung der Nazis“ verstehen, beziehungsweise:

- wann und wo diese Verfolgungen stattgefunden haben,
- wann und wo Nazis oder ehemalige Nazis in Steinbrüchen Zwangsarbeit bis zum Tod leisten mussten,
- wann und wo Nazis in Viehwaggons in die Lager gebracht wurden,
- wann und wo Nazis in den „relativierten“ Gaskammern umgebracht wurden,
- wann und wo Babys von Nazis aus den Armen ihrer Mütter gerissen und brutal ermordet wurden.

Wie schon gesagt, ich möchte nur meine anscheinend mangelhaften Geschichtskenntnisse verbessern und daher sehe ich Ihrer Antwort auf diese Fragen mit großem Interesse entgegen. Ich befürchte jedoch, dass Sie mir diese schuldig bleiben werden.

Maria-Christine Czernin-Morzin
Tochter von KZ-Überlebenden
2802 Hochwolkersdorf

Leserbrief aus der Zeitung „Die Presse“ vom 7. Juni 2005



Empört und tief betroffen

Der Bundesvorstand des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zeigt sich „empört und tief betroffen“ über die Causae Kampf, Gudenus und Freunschlag. In einer schriftlichen Stellungnahme des Bundesvorstands gegenüber dem SPÖ-Pressedienst wird kritisiert, „dass einige aus der FPÖ kommende Politiker offenkundig die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft noch immer verharmlosen“.

„Zu diesen Unbelehrbaren zählen, dies ist aufgrund ihrer jüngst erfolgten Aussagen festzustellen, Bundesräte wie Siegfried Kampf, John Gudenus und der Kärntner Landtagspräsident Jörg Freunschlag“, heißt es in der Stellungnahme. Und weiter: „Diese genannten Politiker, die solche Ansicht noch heute vertreten, schädigen das Ansehen der gesetzgebenden Körperschaften unserer Republik. Sie gehören von ihren Funktionen im Bundesrat bzw. im Kärntner Landtag abgelöst.“

Daher begrüßen es die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, „dass in den Klubs des Nationalrates Mittel und Wege gesucht werden, um das weitere Verbleiben der oben Genannten in den demokratischen Körperschaften zu verhindern“. Und sie „stellen mit Genugtuung fest, dass sich fast alle Medien dieser unverantwortlichen Ausfälle annehmen und das Verhalten dieser Noch-Mandatare missbilligen.“

Einhellig werden die Aussagen der Ewiggestrigen und Unbelehrbaren gerade im Gedenkjahr 2005 verurteilt.“

„Das Vergessen des Bösen“

Denkmal für die hingerichteten Widerstandskämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof enthüllt

Am 21. April 2005 wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40, vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl ein „Denkmal für die hingerichteten Widerstandskämpfer“ enthüllt. Es steht an der Stelle, wo mindestens 1.377 der vom Nazi-Volksgeschichtshof zum Tod verurteilten und in Wien hingerichteten NS-Opfer verscharrt wurden. Die Errichtung des Denkmals ist vor allem den Bemühungen des Wiener Landesvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, zu danken, der Bürgermeister Häupl für diese Ehrenpflicht an den Opfern gewinnen konnte. Das Denkmal wurde von Steinmetzmeister Leopold Grausam gestaltet.

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Alfred Ströer, führte unter anderem aus:

„Die Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Barbarei ist für uns Überlebende, für die Angehörigen der ermordeten Frauen und Männer ein trauriger Anlass, aber auch ein wichtiges Ereignis. Wann immer wir jeweils am 1. November an den Gräbern unserer Toten standen, vermissten wir ein entsprechendes Mahnmal zur Erinnerung an die Frauen und Männer, die für ihre Ideale und für Österreich sterben mussten. Ein lange gehegter Wunsch ging nun in Erfüllung.“

Im Zeitraum 1938 bis 1945 wurden am Wiener Zentralfriedhof – Gruppe 40 – die sterblichen Überreste von mindestens 1.377 Personen beerdigt, die entweder im Landesgericht Wien mittels Fallbeil oder auf der Schießstätte Kagrán hingerichtet worden waren. Im Landesgericht fanden

an manchen Tagen bis zu 40 Hinrichtungen statt. Darunter waren erschreckend viele junge Menschen.

Die erste Hinrichtung erfolgte am 6. Dezember 1938 – die letzte am 4. April 1945.

Nach welchen Kriterien hatten die Richter zu entscheiden? Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof, Parisius, definierte 1938 diese so: Seine Aufgabe ist nicht, Recht zu sprechen, sondern die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten.

Unter den in Österreich Ermordeten waren Frauen und Männer im Alter zwischen 19 und 75 Jahren. Sie alle haben nicht auf die Moskauer Deklaration gewartet, die die Österreicher aufgefordert hat, einen Beitrag zur Befreiung zu leisten, sondern sie haben schon vor dem Jahr 1943, ab März 1938 Widerstand geleistet.

Wer waren die Opfer und was haben sie getan?

Im Oktober 1943 standen in Wien vier junge Leute, zwei Mädchen und zwei Burschen, vor dem V. Senat des Volksgerichtshofes in Wien. Sie waren 18, 19, 20 und 23 Jahre alt. Zwei der Angeklagten waren zur Zeit der Tat Jugendliche unter 18 Jahren. Ihre Namen sind: Leopoldine SICKA, 21 Jahre, Anna GRÄF – sie wurde vor ihrem 19. Geburtstag hingerichtet –, Franz SIKUTA, 23 Jahre, Karl MANN, 20 Jahre alt.

Der Senat, dem hohe SS- und SA-Führer angehörten, setzte sich über den § 3 des damals geltenden Jugendgerichtsgesetzes hinweg, weil – wie es in der Urteilsbegründung heißt – „die Angeklagten zur Tatzeit einen Grad der Verstands- und Willensreife und ein Urteilsvermögen erreicht gehabt haben, das sie durchaus in die Lage versetzt hat, das Verwerfliche ihrer strafbaren Hand-

lungen in voller Tragweite einzusehen und dieser Einsicht gemäß zu handeln“.

Ihr Verbrechen? In Flugschriften verwiesen sie auf die Unsinnigkeit des Krieges, auf die Untaten der Nationalsozialisten und hatten Kontakt mit Soldaten. Sie wollten ein freies Österreich.

Einer anderen Wiener Gruppe gehörten an: Ernestine DIWISCH, 23 Jahre, Anna WALA, 23 Jahre, Fritz MUZYKA, 23 Jahre, Alfred RABOFSKY, 25 Jahre alt. Sie wurden am 8. Februar 1944 zum Tode verurteilt und zwischen dem 19. und 24. Mai 1944 hingerichtet. Auch ihre Körper liegen hier in der Gruppe 40.

Weitere uns bekannte Opfer waren u. a. Hedi URACH, Grete JOST, Franz SCHIPANY, Helene KAFKA (Schwester Maria Restituta), Eduard GÖTH, Johann Otto HAAS. Sie alle waren Opfer einer verbrecherischen Gesetzgebung. Die Anklage lautete meist: Vorbereitung zum Hochverrat. Strafausmaß: 1 Jahr bis Todesstrafe.

Dazu kam das „Heimtückegesetz“, seit 31. 3. 1933 als Verordnung in Kraft.

Darunter fielen: Rundfunkverbrechen, wie Verbot des Hörens ausländischer Sender, sowie diverse Sondergesetze. Die Gestapo hatte in Österreich an die 2.000 Mitarbeiter. Aus der panischen Angst der Nazis vor Flugblättern, die über ihre Taten informierten, kam es zu drastischen Urteilen.

Während der NS-Zeit wurden im Bereich Großdeutschland von zivilen Gerichten 16.650 Todesurteile verhängt. Mehr als ein Viertel davon wurde vollstreckt. Der Volksgerichtshof allein fällte über 15.729 Todesurteile, 7.022 wurden vollstreckt. Die von den Nazis in den KZs und in Gestapokellern Ermordeten sind in diesen Zahlen unberücksichtigt.

...en erlaubt seine Wiederholung“



Bürgermeister Michael Häupl enthüllt das Denkmal für die Opfer der NS-Justiz in der Gruppe 40 des Zentralfriedhofs

Mit der Tätigkeit in unseren Verbänden ehren wir die unzähligen Opfer einer fürchterlichen Gewaltherrschaft am besten. Manche sprechen von Vergessen; vom Verdrängen. Wir hingegen erachten es als unsere Pflicht, an die Verbrechen der Nationalsozialisten zu erinnern und der Opfer zu gedenken, auch wenn das für manche Unbelehrbare unangenehm ist. „Denn das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seiner Wiederholung.“

Nach Alfred Ströer ergriffen Oskar Wiesflecker vom KZ-Verband und Gerhard Kastelic von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten das Wort. Wiesflecker erinnerte an die große Zahl der Kommunisten unter den Hingerichteten und gedachte auch des „weiblichen Widerstands“. Kastelic verwies

auf den Leidensweg auch der Angehörigen der Verurteilten und schilderte die grauenvolle Suche nach Verwandten unter den Hingerichteten.

Bürgermeister Häupl betonte, dass dieses Denkmal eine Mahnung an die Jungen sei, die bereits im freien Österreich geboren wurden. An den Überlebenden liege es, die Erinnerung weiterzutragen. Er wandte sich unter Hinweis auf die Aussagen der Bundesräte Kampl und Gudenus gegen wieder auftauchende Geschichtslügen.

An der von zahlreichen Antifaschisten besuchten Gedenkfeier nahmen unter anderem Vizebürgermeister Sepp Rieder, Kulturstadtrat Mailath-Pokorny, Landtagspräsident Johann Hatzl, AK-Präsident Tumpel, Gemeinderäte und Abgeordnete teil. ■

Einmalige Zuwendung für Opfer

Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs beschäftigt sich der Nationalrat mit der Schaffung eines Gesetzes, mit dem aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung vom NS-Regime eine einmalige Zuwendung für Widerstandskämpfer und Opfer der Verfolgung aus politischen Gründen und aus Gründen der Abstammung sowie deren Hinterbliebenen geschaffen wird.

Details dieses Gesetzes sollen voraussichtlich bei einer Ende Juni 2005 stattfindenden Sitzung des Nationalrates beschlossen werden. Genauer in der nächsten Ausgabe. ■

Antifaschismus-Kundgebung

Rund 1.200 Teilnehmer fanden sich am Abend des 8. Mai vor der Oper zu einer Demonstration gegen Faschismus ein. Der eigentliche Anlass – ein Burschenschaftler-Aufmarsch zur „Totenehrung“ – war nicht mehr gegeben; diese hatten sich, zum Unterschied von früheren Jahren, schon am Vortag mit einer Kranzniederlegung am Grab des Unbekannten Soldaten am Burgtor begnügt. Michael Bonvalot vom Bündnis „8. Mai nazifrei“ (SJ, GPA u. Linksruppen) bezeichnete dies als Erfolg der Ankündigung der Gegendemonstration. Nun feierte man den 60. Jahrestag, beim Denkmal gegen Krieg und Faschismus nahe der Albertina fand eine Kundgebung statt. ■

Gedenken und Mahnen im ehemaligen

Bundespräsident Fischer: „Niemals wieder“

Bundespräsident Heinz Fischer erneuerte in seiner Gedenkrede das Gelöbnis „Niemals wieder“. Er stellte fest, die Verbrechen der NS-Zeit seien durch nichts zu relativieren, und dankte den Alliierten für die Befreiung Österreichs.

Der Bundespräsident bedauerte, dass die Zahl der Überlebenden der Konzentrationslager immer geringer werde. Ihnen stehe aber eine immer größere Zahl gegenüber, die sich gemeinsam vor den Opfern der Unmenschlichkeit verneigten und das Gelöbnis „Niemals wieder“ erneuerten. Fischer rief zum Kampf für die Demokratie und die Menschenrechte in den Ländern Europas und der Welt auf. Das sei man denen schuldig, die in den KZ ermordet wurden.

Der Bundespräsident bat die Menschen, dafür einzutreten, dass sich die Verbrechen nicht wiederholen, dass sie die unüberbietbare Schande brandmarken und die Kraft haben, um Verzeihung zu bitten. Der Zivi-



Die Delegation der Freiheitskämpfer in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

lisationsbruch durch den Nationalsozialismus habe zu große Spuren hinterlassen, als dass nachfolgende Generationen darüber hinwegsehen könnten.

Das Ende des Krieges und der Hitler-Diktatur sei eine doppelte Befreiung gewesen, stellte Fischer fest und drückte seine Dankbarkeit für die Opferbereitschaft der Soldaten der alliierten

Armeen aus. Es sei richtig, dass es auch nach der NS-Zeit Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen gegeben habe. Er sei aber nicht zu einer Aufrechnung und damit einem Relativieren der Geschehnisse in den Konzentrationslagern bereit. Der Bundespräsident erinnerte daran, dass die Hälfte der 200.000 in Mauthausen und seinen Nebenlagern Inhaf-

tierten nicht überlebt habe. Die damalige planmäßige Vernichtung gehe über das menschliche Vorstellungsvermögen hinaus. Das sei einer der Gründe, warum so vieles so lange verdrängt worden sei. Aber Wegschauen und Verdrängen sei keine Lösung. Die Erinnerung sei auch ein Schutzschild gegen das Böse, betonte Fischer. ■

Liechtenstein: „Vorbilder für Österreichs Jugend“

Der Nationalratsabgeordnete Dr. Vincenz Liechtenstein (ÖVP) erklärte im Anschluss an die Befreiungs-Gedenkveranstaltung in Mauthausen gegenüber dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW): „Es muss mehr getan werden, um der Jugend ein umfassendes Geschichtsbild zu vermitteln.“ Kenntnis der Fakten sei auch hilfreich, um Blamagen zu vermeiden. Dass es einigen an Grundwissen fehle, hätten „die Peinlichkeiten im Bundesrat“ gezeigt. „Gudenus sollte rasch sein Mandat niederlegen“, fordert Liechtenstein.

Die „Unteilbarkeit der Geschichte“ schließt nach Ansicht von Vincenz Liechtenstein auch „Verdienste von Österreichern ein, die im Kampf gegen die braune Barbarei ihr Leben geopfert haben“. Anhand zweier Beispiele – Robert Bernardis und Anton Schmid – wolle er deutlich machen, betont Liechtenstein, „dass Österreich bisher zu wenig getan hat, um seine Märtyrer des Widerstandes angemessen zu ehren“. Eine Gedenktafel genüge nicht. Tiefe Verankerung der Erinnerung im breiten Bewusstsein der Bevölkerung sei anzustreben: „Bernardis kämpfte an der Seite Stauffenbergs für den Sturz

des NS-Regimes, die Befreiung aller besetzten Gebiete und die rasche Beendigung des Krieges. Dieser heldenhafte Widerstand war ein notwendiger Schritt zur Selbstbefreiung, der der Welt zeigte, dass es bei uns Menschen gab, die Diktatur und Ideologie der Nazis klar ablehnten.“

Dass zahlreiche Christen damals im Widerstand an vorderster Front standen, hebt Liechtenstein besonders hervor: „Ein katholischer Märtyrer und österreichischer Nationalheld wie Feldwebel Anton Schmid darf nicht in Vergessenheit geraten.“

In Deutschland – noch nicht in Österreich – wurde eine Kaserne nach ihm benannt.

In Haifa trägt eine Straße seinen Namen. Israel ehrt ihn als Gerechten der Völker. Er wurde zur Wehrmacht eingezogen und nach Litauen geschickt. Sein Auftrag lautete, versprengte Soldaten aufzuspüren. Er nutzte seine Stellung, um – vom Sommer 1941 bis zu seiner Festnahme und Ermordung 1942 – dreihundert Juden das Leben zu retten. Mit seinem tapferen, selbstlosen Einsatz ist er ein Vorbild.

Österreich ist nicht frei in der Wahl seiner Geschichte. Aber wir können frei entscheiden, wen wir ehren und woran wir unsere Traditionen knüpfen“, schloss Liechtenstein. ■

Konzentrationslager Mauthausen

Gedenktafel für Bernaschek und im KZ ermordete Sozialdemokraten

Bei der anlässlich des 60. Jahrestages abgehaltenen Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurden vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und von der Landesorganisation der SPÖ Oberösterreich zwei neue Gedenktafeln gewidmet. Eine gedenkt des im KZ Mauthausen ermordeten Landesobmannes des Republikanischen Schutzbundes, Richard Bernaschek: Eine alte Tafel wurde mit einem erläuternden Text ergänzt. Eine zweite Gedenktafel erinnert an alle im KZ Mauthausen ermordeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Enthüllung der beiden Gedenktafeln wurde in einer kleinen Feier von SPÖ-Bundesvorsitzendem Alfred Gusenbauer, LH-Stv. Erich Haider und vom Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, vorgenommen.



OÖ-Landesvorsitzender Erich Haider, SPÖ-Chef Gusenbauer und Alfred Ströer

Schönborn: „Gegen die Schatten von damals“

Kardinal Christoph Schönborn erinnerte in seiner Rede daran, dass Österreicher nicht nur unter den Opfern, sondern auch unter den Tätern waren. Er sprach von einem „Stück Hölle auf Erden“, in dem fast sieben Jahre lang das Böse zu Hause gewesen sei. Der „Kampf gegen die Schatten von gestern“ sei nie gewonnen, heulte Schönborn.

Man müsse mit der Gleichzeitigkeit von Trauer und Schande, von unermesslichem Leid und grenzenloser Brutalität leben. In Mauthausen seien damals keine „Bestien“, keine „blindwütigen Fanatiker einer anderen Kultur, Religion oder Zivilisation“ am

Werk gewesen, so der Kardinal: „Nein, es waren Menschen wie wir. Mit Frauen und Kindern zu Hause, die sie liebten. Jeder von uns hätte beides gewesen sein können.“

Was immer wieder zur Erinnerung zwingt, sei das „Eingeständnis unserer Schwachheit und unserer Verführbarkeit“. Auch wenn unter den Opfern des nationalsozialistischen Terrors viele gewesen seien, die für ihren christlichen Glauben gelitten hätten und ermordet worden seien, müsse man sich eingestehen, wie viel Versagen und Schuld auch Christen auf sich geladen hätten, so Kardinal Schönborn.

Zapatero: Spanische Opfer unvergessen

Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Sozialisten/PSOE) gedachte im ehemaligen KZ Mauthausen jener rund 8.000 Spanier, die während der NS-Diktatur in diesem Lager interniert waren. Zapatero würdigte in einem Festakt den Beitrag der ehemaligen spanischen Republikaner für Demokratie und Frieden in Spanien. Nur 2.000 der 8.000 haben das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt.

Die Republikaner waren nach der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg (1936–39) vor den siegreichen Truppen des späteren Diktators Francisco Franco in das ab 1940 von Deutschland

besetzte Frankreich geflohen. Von dort wurden sie in die KZs Buchenwald, Dachau und vor allem Mauthausen deportiert. Franco hatte im Juli 1936 gegen die reformorientierte linksgerichtete Zweite Republik geputscht und damit einen dreijährigen Bürgerkrieg entfacht. Im Jahr 1939 errichtete Franco eine Diktatur.

Zapatero erinnerte auch daran, dass den spanischen Republikanern nach ihrer Freilassung die Heimkehr nach Spanien zu meist – bis zum Tod Francos – verwehrt blieb: „Sie haben euch ungerechterweise ohne Heimat gelassen. Heimat ist nur ein Land mit Freiheit und Gerechtigkeit.“

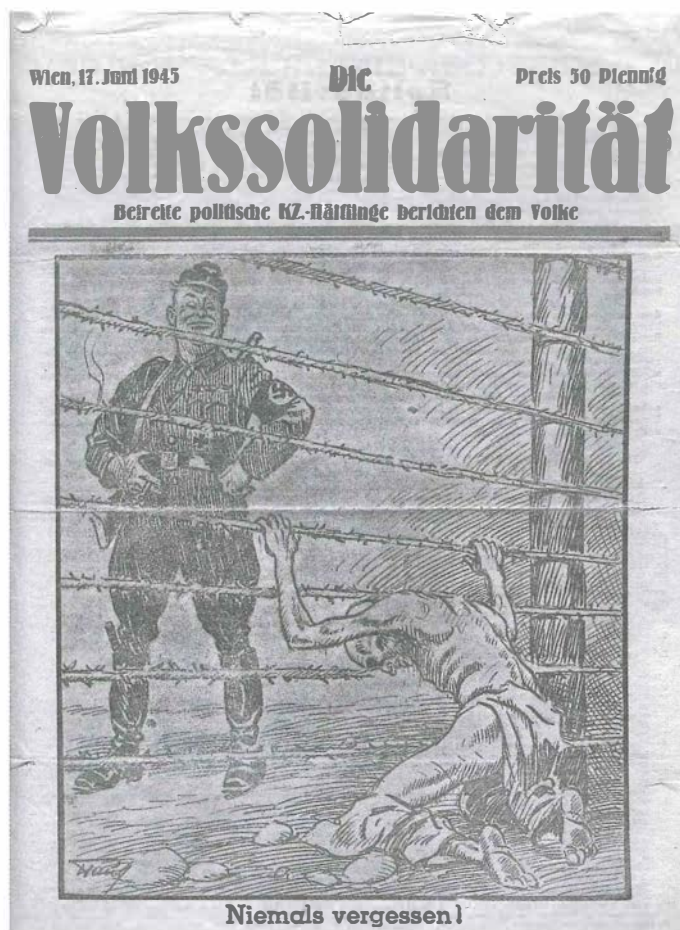
1945: „Volkssolidarität“ für die Naziopfer

Die aus den Konzentrationslagern und Haftanstalten, oft auf abenteuerlichen und unendlich langen Fußmärschen, zurückkehrenden Frauen und Männer, denen die Nazis alles, aber auch alles gestohlen hatten, die praktisch nichts mehr am Leibe hatten, denen der Naziterror tiefe Furchen in ihr Antlitz grub und die verzweifelt bei verschiedenen Anlaufstellen in Wien nach ihren Angehörigen suchten, gehörten zum täglichen Straßenbild im befreiten Österreich. Unsere Genossin Alice Rusz, die mit unserer Ehrenvorsitzenden Erna Musik im November 1944 von Auschwitz nach Ravensbrück kam, beschrieb einst ihre Ankunft in Wien:

„Es war 6 Uhr abends, als wir am Wiener Praterstern ankamen. Ein Trümmerhaufen von ausgebrannten Ruinen und bombardierten Häusern sah uns entgegen. Erschüttert standen wir davor. Wir, das war eine Kameradin aus dem Lager, die mit mir die Heimreise angetreten hatte. Wohin jetzt mit uns? Wir gingen in den 2. Bezirk zu einer Adresse von Freunden. Auch dieses Haus gab es nicht mehr. Ratlos fragten wir herum, bis uns ein Mann sagte: ‚Geht doch ins jüdische Spital in die Malzgasse.‘

Wir gingen hin und fanden auch Aufnahme. Ein Saal mit 30 belegten Betten, lauter Kranke, aber wir genossen das reine, überzogene Bett! Welcher Luxus, ein Leintuch! Die nächsten Tage waren ein Irrweg des Suchens nach Menschen, die nach meiner Erinnerung in Wien geblieben sein könnten. Ein vergebliches Suchen ...“

Ende Mai, Anfang Juni 1945 kam es für diese Naziopfer zur Gründung einer zentralen, überparteilichen Hilfsorganisation „Volkssolidarität“, die sich die Aufgabe stellte, alle politischen Opfer der Nazibarbarei zu unterstützen. Neben der zentralen Stelle im 1. Bezirk, Rathausstraße 9,



Trotz Papiernot: Aufruf zur Solidarität 1945

bemühten sich in den einzelnen Bezirken Bezirksstellen der Volkssolidarität redlich, die Not unter den Opfern zu lindern und um die Erfassung der unter der nazistischen Gewaltherrschaft ermordeten Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer. In diesen Tagen zirkulierte auch ein Flugblatt der Volkssolidarität, gezeichnet von Genossin Frieda Nödl für die SPÖ, Josef Kohl für die KPÖ und Dr. Bruno Schmitz für die ÖVP, auf dem es unter anderem heißt:

„Alle diese antifaschistischen Helden waren einig im Kampf gegen die braune Pest und einige müssen nun das befreite Volk von Österreich sein, wenn es gilt, einen Teil unserer Dankesschuld an sie abzustatten. Deshalb rufen die drei politischen Parteien Österreichs Euch alle zur Volkssolidarität auf. Spendet reichlich

Sachwerte und Beträge ... In den nächsten Tagen wird in jedem Haus die Sammelliste aufliegen, damit Ihr Eure Spenden abgeben könnt.“

Die Aktivisten der Volkssolidarität mussten nicht zweimal bitten. Alleine die Wiener Stadtverwaltung stellte unmittelbar nach dem Spendenaufruf zur sofortigen Hilfeleistung 50.000 RM zur Verfügung. Aus dem ersten Jahresbericht der Volkssolidarität geht hervor, dass bei dieser Hilfsorganisation 9.094 Personen (KZler, politische Häftlinge, Hinterbliebene nach Justifizierten und Kinder, die in Familien der registrierten Opfer lebten) erfasst wurden.

Am „Tag der Volkssolidarität“ am 17. Juni 1945 kam es zu einem Aufmarsch der überlebenden Opfer der Nazibarbarei vom Schwarzenbergplatz zum Parlament. Auf der Rampe des Par-

laments begrüßte Bürgermeister Theodor Körner die Teilnehmer. Redner der politischen Parteien appellierten an den Geist der Einigkeit in den Konzentrationslagern und forderten die Ausrottung des Nazismus in Österreich. Der Vertreter der SPÖ, Heinrich Widmayer, der von 1934 bis 1944 siebenmal verhaftet und zusammen 37 Monate in Haft verbringen musste, darunter in Wöllersdorf und in der Kleinen Festung Theresienstadt, forderte eine gerechte Strafe für alle schuldhaften Nazis, meinte aber auch, dass die Mitläufer des Hitlerismus zu einem Steuerfonds für Unterstützung der Witwen und Waisen des Kriegs herangezogen werden sollten.

Den Aktivisten der „Volkssolidarität“ war es auch ein großes Anliegen, die Gräber der ermordeten Opfer zu eruieren und für eine entsprechende Schmückung zu sorgen. „Ergreifend waren die Bemühungen der armen Frauen und Mütter“, heißt es im ersten Jahresbericht dieser Organisation, „die die Begräbnisstätten ihrer lieben Toten zu ermitteln suchten. Zahllos waren ihre qualvollen Wege zwischen Landesgericht, Anatomie und Zentralfriedhof. Die letzten Mittel mussten geopfert werden, um wenigstens Spuren der Gräber zu finden ...“ (Erst seit dem Gedenkjahr 2005 erinnert ein von der Stadt Wien gewidmetes Mahnmal in der Schachtgräbergruppe 40 des Zentralfriedhofes an die hier während der NS-Gewaltherrschaft verscharrten ermordeten Frauen und Männer.)

Die Hilfe der „Volkssolidarität“ ermöglichte den Opfern der Nazibarbarei eine allmähliche Rückkehr in das normale Leben.

Als es still um diese Hilfsorganisation wurde, schuf die SPÖ im Oktober 1948 im Rahmen unserer Partei ein eigenes Opferfürsorgereferat unter dem Vorsitz von Rosa Jochmann.

Herbert Exenberger

Vor 60 Jahren: Wiedergründung der Sozialistischen Jugend

Die Sozialistische Arbeiterjugend wurde vom austrofaschistischen Regime im Februar 1934 verboten. Viele junge Sozialisten kämpften damals Seite an Seite mit dem Republikanischen Schutzbund gegen das autoritäre Dollfuß-Regime. In der Illegalität arbeitete die Revolutionäre Sozialistische Jugend politisch weiter. Deshalb wurde nach der Befreiung von der Nazi-Herrschaft die SJ nicht neu, sondern wiedergegründet.

Am 28. April 1945 wurde bei einer Versammlung in der Ebendorferstraße, die von Jenny und Peter Strasser einberufen wurde und bei der Genossen aus der Illegalität, wie Franz Gawlik, Hubert Pfoch, Andreas Fischer, Josef Staribacher, Ernst Richter, sowie einige Funktionäre der Kinderfreunde anwesend waren, mit der Sozialistischen-Jugend-Arbeit begonnen. Damit wurde ein Plan des designierten Staatssekretärs in der Regierung Renner, Ernst Fischer (KPÖ), eine Einheitsjugendorganisation (FÖJ) für alle politischen Richtungen zu schaffen, durchkreuzt.

Der Ende Oktober 2004 neu gewählte Verbandsobmann der Sozialistischen Jugend, Ludwig Dvorak, lud anlässlich des 60. Jahrestages der Wiedergründung zwei Vertreter der SJ aus dem Jahre 1945 zu einem Erinnerungstreffen vor dem Parteihaus Löwelstraße ein. Es waren dies Josef Staribacher, der erste Wiener Vorsitzende der Sozialistischen Jugend und spätere Minister in der Regierung Kreisky, und Ernst Nedwed, der im Mai 1945 als Sechzehnjähriger der SJ beigetreten war.

Staribacher war schon vor 1934 bei den Roten Falken und hatte zwischen 1934 und 1938 mit mehreren illegalen Gruppen der RSJ Kontakte. Im Gespräch erinnerte sich Josef Staribacher, der von 1939 und 1940 im Konzentrationslager Buchenwald interniert



60 Jahre Erinnerung der SJ gemeinsam mit Josef Staribacher (li.) und Ernst Nedwed

war, dass es unter dem NS-Regime nur mehr unter Lebensgefahr möglich war, weiterhin politisch aktiv zu sein. Trotzdem gab es mutige Genossinnen und Genossen wie Ernestine Diwisch, die in einer illegalen Gruppe mithalf, Aufklärungsarbeit unter Soldaten der deutschen Wehrmacht zu leisten. Sie wurde vom NS-Volksgesichtshof als Zweiundzwanzigjährige zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht durch das Fallbeil hingerichtet.

Bereits im Mai 1945 fand die Sozialistische Jugend sehr viel Zuspruch unter den Wiener Jugendlichen und später auch in ganz Österreich, weil das System des Drills und des Terrors in der NS-Ära in weiten Teilen der Jugend Widerstand ausgelöst hatte. Nur ein kleiner Teil waren begeisterte Hitlerjungen, die letztlich auch enttäuscht über das unrühmliche Ende der NS-Ära waren.

Schon ab Juni 1945 wurden in Kritzendorf einwöchige Schulungen abgehalten, die von Genossinnen und Genossen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland besucht wurden. In den Gruppen und Bezirken der SJ standen neben der Bildungsarbeit auch kulturelle Veranstaltungen sowie Sport und Wanderungen auf dem Programm. In Anbetracht fehlender Freizeiteinrichtungen war dies eine sehr erfolgreiche Strategie.

Ernst Nedwed, der später Abgeordneter im Wiener Landtag und Nationalrat war und heute Vorsitzender der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in Wien ist, betonte, dass die SJ schon damals ganz bewusst als antifaschistische Organisation wiedergegründet wurde. Funktionärinnen und Funktionäre wie Peter und Jenny Strasser oder Josef Hindels kamen ja durchwegs aus dem Widerstand oder aus der Emigration.

Josef Staribacher illustrierte diesen Umstand durch eine Anekdote: „Als wir eines Tages auf dem Wege nach Kritzendorf durch Klosteneuburg marschierten, haben wir geglaubt, unseren Augen nicht trauen zu können. Es gab dort noch immer eine Straßentafel mit der Aufschrift Adolf-Hitler-Platz. Wir machten eine Räuberleiter und montierten das Schild kurzerhand ab und dies unter dem Applaus von Passanten und vor allem Genossinnen und Genossen der SPÖ.“

Abschließend begrüßte Ernst Nedwed, dass die SJÖ heute nach wie vor den Antifaschismus als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit betrachtet. Die SJ, die in fast allen Bundesländern, insbesondere aber in Wien, wieder sehr stark geworden ist, ist ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

E. N.



Erinnern und feiern

Gedenken im Wiener Landtag

Am 6. April 2005 erinnerte der Wiener Landtag in einer Festsitzung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die Befreiung der Bundeshauptstadt vor 60 Jahren durch die Truppen der Sowjetunion.

In seiner Begrüßungsrede stellte der 1. Landtagspräsident Johann Hatzl unter anderem fest: „Es gibt aber noch eine ganze Menge offener Bereiche, wo wir es entweder nicht wahrhaben

wollen, dies aufzuarbeiten, oder noch nicht mutig genug sind. Das ist schlecht. Dies sollten wir ändern. Zur wahren Geschichte gehört auch die Kraft zur Ehrlichkeit, an der werden wir gemessen ... Faschismus zu verhindern, heißt korrekter Umgang mit der Geschichte und den Tatsachen.“ Anschließend legte Johann Hatzl in der heutigen Weihestätte des Landesgerichts, im ehemaligen Hinrichtungsraum der NS-Zeit, einen Kranz nieder. ■



Landtagspräsident Johann Hatzl ehrt die hingerichteten NS-Opfer

Gedenktafel in der Brigittenau

Auf Initiative von Bezirksvorsteher Karl Lacina fand am 9. Mai 2005 im Amtshaus in der Brigittenau eine Gedenkveranstaltung für alle Verfolgten und Ermordeten des 20. Wiener Bezirkes statt. In einer Lesung präsentierten Karl Lacina, die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Brigittenau, Katharina Luger, und Herbert Exenberger, begleitet von einem Chor, einige Schicksale von Bewohnern der Brigittenau, die in den Jahren der Nazi-Barbarei als Juden Opfer des

nazistischen Rassenwahns und ihrer verbrecherischen Vernichtungsmaschinerie wurden. Ebenso erinnerten sie an die Frauen und Männer, die aus politischen, religiösen oder anderen Gründen Widerstand gegen den Naziterror leisteten und diese Zeit nicht überlebten.

Nach der Gedenkstunde fand die Enthüllung einer Gedenktafel für die Brigittenauer Opfer des Faschismus im Eingangsbereich des Amtshauses statt. ■

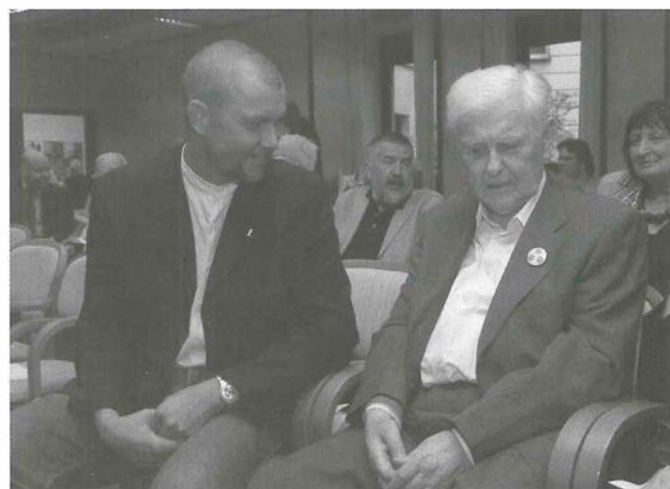


Das enthüllte Erinnerungszeichen mit Herbert Exenberger, unserer Ehrenvorsitzenden Erna Musik, Katharina Luger und Bezirksvorsteher Karl Lacina

Bewegende Gedenkstunde

Zu einer sehr bewegenden Gedenkstunde anlässlich der Befreiung des KZs Mauthausen vor 60 Jahren lud die Bezirksgruppe Wien Innere Stadt am 3. Mai ein. Nach der Begrüßung unseres Bundesvorsitzenden Alfred Ströer gelang es der Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Edith Krisch, mit einer PowerPoint-Präsentation überzeugend und informativ die Struktur der Konzentrationslager, die Lebensbedingungen im KZ, den Widerstand der Häftlinge und ihre Befreiung darzustellen. Informa-

tionen über die so genannte „Häftlingsselbstverwaltung“ im KZ gab Univ.-Lektor Andreas Baumgartner. Antonia Bruha berichtete als Zeitzeugin über das KZ Ravensbrück. Einfühlsam musikalisch begleitet wurde diese Stunde durch die Camerata Wien unter Erke Duit. Ein Begleitheft mit dem Text der PowerPoint-Präsentation und Illustrationen von Alfred Kohlbacher ermöglichen eine zusätzliche Vertiefung in dieses Thema. (Bestellbar unter Tel. 01/534 27-277 oder E-Mail: kaempfer@spoe.at.) ■



In der 1. Reihe Univ.-Lektor Andreas Baumgartner und der Leiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Hans Maršálek

in ganz Österreich

Das Außenlager Floridsdorf

Im Juli 1944 wurden die Außenlager Wien-Floridsdorf I und II gegründet. Die Häftlinge, die unter schwierigsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten, kamen aus mehreren Ländern Europas. Einige von ihnen waren vorher in dem nunmehr von Bomben zerstörten Außenlager Schwechat-Heidfeld/Heinkel-Werke inhaftiert.

Bei der Schließung der Außenlager Floridsdorf I und II, am 1. April 1945, mussten 830 KZ-Häftlinge den Evakuierungsmarsch nach Mauthausen antreten. 687 erreichten das KZ Mauthausen. 121 waren auf dem Marsch erschossen worden, 22 Häftlinge wurden vermisst. Im Rahmen einer Gedenkstunde am 13. Mai erinnerten die Stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Nie-mals Vergessen“, Barbara Gross, Bezirksvorsteher Heinz Lehner, Hofrat Hans Maršálek und Konstantin Kaiser von der „Theodor Kramer Gesellschaft“ an die ehemals in Wien-Floridsdorf inhaftierten Menschen.

■



Präsidentin des Wr. Landtages Erika Stubenvoll, Bezirksvorsteher Heinz Lehner, Oberkantor Shmuel Barzilai, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, des Vereins „Nie-mals Vergessen“ und Schüler der Gastgewerbeschule

Ausstellungen in Wiens Bezirken

Das 60-Jahre-Gedenken veranlasste auch viele Wiener Bezirke zu speziellen Aktivitäten. Etwa mit der Veranstaltung „Impressionen zum Gedenkjahr 2005“ in Meidling oder den Ausstellungen der Bezirksmuseen: „Favoriten 1945“, „Wiedner Betrachtungen zum Gedenkjahr 2005“, „Erinnerungen 1938 bis 1945“ im Bezirk Liesing, „Ende einer schrecklichen Zeit“ in Währing oder „1945–2005“ in Döbling, „Das Jahr 1945 in Simmering“ oder „Erinnerung an

Rudolfsheim 1945“. Eine bemerkenswerte Kooperation ging das Bezirksmuseum Alsergrund ein, das gemeinsam mit der Pädagogischen Akademie und mit SchülerInnen eine Ausstellung „Durch die Dunkelheit und zurück“ im Tiefbunker des Arne-Karlsson-Parks gestaltete.

Im Nestroyhof in der Leopoldstadt wurde die vom Moreshet Institut gestaltete Ausstellung „Women in the Holocaust – Frauen im Widerstand“ gezeigt.



Stadträtin Sonja Wehsely und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit Zeitzeugin Antonia Bruha, die im KZ Ravensbrück überlebt hat

Gedenkprojekt Kärnten-Koroška

Der Verein Memorial Kärnten-Koroška ist bemüht, die bereits bestehende Landesgedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl zu erneuern, durch einen Namensteil zu erweitern und bleibend zu erhalten. Obwohl der Künstler Valentin Oman für die gesamte Planung des Mahnmals kein Honorar fordert und der Nationalfonds der Republik Österreich eine Teilfinanzierung in der Höhe von etwa 25.000

Euro zur Verwirklichung des Projektes in Aussicht stellte, ist die Aufbringung weiterer Mittel in der Höhe von 45.000 Euro erforderlich.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes Kärnten der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Prof. Vinzenz Jobst, überreichte Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich dessen Besuches in Kärnten eine Bittschrift, in der er um Unterstützung des Gedenkprojektes bat.



Werner Pikalo und Vinzenz Jobst mit Bundespräsident Heinz Fischer

Baden: Vorgeschichte nicht vergessen!

Eine Vielzahl an BesucherInnen konnte der Bezirksvorsitzende der SPÖ-Bezirksorganisation Baden, Abg. z. NR Bgm. Otto Pendl, unter dem Motto „Auschwitz – Eine Ausstellung gegen das Vergessen“ im Zuge einer gemeinsamen Bezirksveranstaltung der SPÖ mit der SJ und den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern am 18. Mai 2005 begrüßen.

Hofrat Dr. Franz Danimann informierte in einem einstündigen Vortrag über die Gräueltaten der Nationalsozialisten. Nach seinen Ausführungen stand er für

die Beantwortung der zahlreich gestellten Fragen zur Verfügung. Nationalrat Pendl zeigte sich über das große Interesse der jungen Generation an dieser Informationsveranstaltung erfreut. In der Frage des Antifaschismus muss es einen Schulterschluss der Generationen geben, meinte Pendl. Außerdem verwies er auf den Korneuburger Eid der Heimwehr vom 18. Mai 1930. 75 Jahre danach dürfen wir nicht verschweigen, dass die Gräueltaten des Nationalsozialismus nur durch den zuvor vorherrschenden Austrofaschismus möglich waren. ■



Großes Interesse der Jugend in Baden für den Zeitzeugenbericht von Franz Danimann über Auschwitz

Denkmal bei der Serbenhalle in Wiener Neustadt



In Wiener Neustadt wurde am 15. April ein KZ-Denkmal bei der Serbenhalle enthüllt. Die Serbenhalle, errichtet 1943, war eine Außenstelle des KZ Mauthausen.

Die Errichtung des Mahnmals erfolgte auf Initiative des Mauthausenkomitees (Obmann Dr. Johann Stippel) und des Vereins Alltag Verlag. Die Gedenkansprache hielt Dr. Peter Wittmann. Der Künstler

Eine Inschrift, die Generationen für alle Zeiten mahnen soll

Markus Grabenwöger ging neue Wege: Der Korpus des Denkmals ist eine massive Leuchtreklame-Konstruktion. Auf ihr ist in großen Lettern zu lesen: „Immer irgendwer! Immer irgendwo! Immer irgendwann! – Nie ich? Nie hier? Nie jetzt?“

Sinn dieser Fragen und Behauptungen ist, auch das Interesse nachfolgender Generationen wachzuhalten, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt.

Der eigentliche Gedenktext ist der Halle zugewandt. Er erinnert an die rund 1.000 KZ-Häftlinge, die in der so genann-

ten Serbenhalle des Raxwerks unter unmenschlichen Bedingungen zur Rüstungsarbeit gezwungen wurden. Viele kamen dabei ums Leben oder um ihre Gesundheit.

Immer wieder könne es geschehen, dass politische Systeme zu Verbrechen verführen oder nötigen, „wir selbst aber sind es, die solche Verbrechen entweder ignorieren, dulden oder tatkräftig unterstützen oder aber sie erkennen, bekämpfen und verhindern können“, schloss Dr. Wittmann seine Rede. ■

Gedenken in Salzburg

In Salzburg wurde am 4. Mai 2005 im Hotel Sacher (vormals Österreichischer Hof) eine Gedenktafel zur Erinnerung an den Tag der Befreiung 1945 angebracht. In diesem Gebäude fand damals der offizielle Akt der kampfflosen Übergabe der Stadt statt, die so von der Zerstörung durch Kampfhandlungen verschont blieb. Die große Gedenkundgebung, bei der sowohl des Widerstandes als auch der jüdischen Opfer gedacht wurde, fand beim 2001 errichteten Antifaschismus-Mahnmal auf dem Südtiroler

Platz vor dem Hauptbahnhof statt. Aus diesem Anlass erschien eine reich illustrierte Broschüre „Antifaschistisches Mahnen und Gedenken in Salzburg“, die die langwierigen und viel diskutierten Bemühungen zur Errichtung dieses Denkmals und dessen Baugeschichte darlegt. Darüber hinaus wird auch belegt, wo in Salzburg bereits Gedächtnisstätten für die NS-Opfer und den Widerstand in Salzburg bestehen. Gert Kerschbaumer hat zudem einen Abriss der Geschichte des Widerstands 1934–1945 verfasst. ■



Feierstunde beim Antifaschismus-Denkmal vor dem Salzburger Hauptbahnhof

NÖ: Mit Morden in den Untergang

Bei der Gedenkfeier im St. Pöltner Hammerpark hielt der Vorsitzende des Landesverbands der Freiheitskämpfer, Karl Gruber, eine bewegende Gedenkrede. Im Folgenden ein Auszug:

Niederösterreich war im April 1945 Kriegsschauplatz. Diese Kämpfe zählten zur Endphase des Zweiten Weltkrieges. Der rasche Vormarsch der Roten Armee durch das Wienerwaldgebiet brachte den Bewohnern des Stadtgebietes St. Pölten überraschend schnell das Frontgeschehen. Die zurückflutenden, vielfach versprengten deutschen Truppen wollten den Krieg überleben und möglichst in amerikanische Gefangenschaft kommen. Umso fanatischer und grausamer war die mörderische Hand der Waffen-SS. Ein junger deutscher Soldat wurde am heutigen Europaplatz – angeblich ohne Papiere, erzählten die Leute – von der gefürchteten Feldgendarmarie aufgegriffen. Er lief davon, wurde aber eingeholt und mit einer Maschinenpistole erschossen.

Der Tote wurde in Wehrmachtsuniform zur Abschreckung auf ein schräg aufgestelltes Brett gelegt. Daneben stand eine Tafel mit der Aufschrift „Wegen Feigheit vor dem Feind erschossen!“ Ich werde dieses traurige Bild niemals vergessen!

Der Reichsführer der Jugend und Gauleiter von Wien Baldur von Schirach ist auf der Flucht vor den Russen kurz in St. Pölten gewesen. Er fuhr allein mit einem großen schwarzen Mercedes unbehelligt Richtung Westen, während seine Jugend an der Ost-Front verbluten sollte.

Das Zeichen vom baldigen Ende der Schreckensherrschaft war da. Durch groß angelegte Zerstörungsmaßnahmen sollten noch im letzten Moment wichtige Brücken und Verkehrsverbindungen in die Luft gesprengt werden. Eine Schar aufrechter, mutiger Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten unserer Stadt



V. l. n. r.: Edith Krisch, Walter Faderny, Egon Meyer, Prof. Alfred Ströer, NR a. D. Georg Kric, Oskar Wiesflecker, NR Anton Heinzl, LT-Präs. Ewald Sacher, Bgm. Mag. Matthias Stadler, LABg. a. D. Karl Gruber

stellte sich dem beabsichtigten Wahnsinn entgegen. Die Entfernung von Sprengladungen war ein wichtiges Ziel der Widerstandskämpfer. Sie wollten in Zuversicht aktiv mithelfen, unsere Stadt vor den ärgsten Zerstörungen zu bewahren und die Menschen vor den furchtbaren Kriegsfolgen und Katastrophen zu schützen. 10 Männer und 3 Frauen wurden von der SS hier an diesem Platz im Hammerpark vor 60 Jahren am 13. April 1945 hingerichtet.

Ein besonders trauriges Kapitel des niedergegangenen Nazi-Regimes war der Massmord an bereits freigelassenen politischen Häftlingen in Kremsstein. Wenige Tage vor der Befreiung wurde dieser bestialische Mord an mehr als 300 Menschen begangen. Sie mussten sterben, weil Hass und Intoleranz herrschten. Niemals wieder darf ein großwahnstinnig gewordener Verführer die Macht im Staat bekommen, um junge, lebens-



Foto: Freiheitskämpfer

Von links nach rechts: Bürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten, Mag. Matthias Stadler, LABg. Otto Kernstock, NR-Abg. Anton Heinzl, Landesvors. der NÖ Freiheitskämpfer, LABg. a. D. Karl Gruber, Bgm. a. D. Willi Gruber, HR Konrad Köck, LABg. HR Prof. Dr. Siegfried Nasko, Bez.-Geschäftsf. SPÖ St. Pölten GR Robert Laimer

frohe Menschen auf Schlachtfeldern in den Tod zu schicken.

Allein bei den Kampfhandlungen in Wien und NÖ sind mehr als 150.000 Tote zu beklagen gewesen.

Niemals vergessen werden wir die Männer und Frauen, die im Kampfe für Österreichs Freiheit gestorben sind. In Ehrfurcht verbeugen wir uns vor diesen Opfern.

Unseren Freunden zum Geburtstag

In diesen Tagen begeht **Kurt Steyrer**, der als Abgeordneter zum Nationalrat und Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine wichtige politische Rolle in den Regierungen Kreisky und Sinowatz spielte, seinen 85. Geburtstag.

Kurt Steyrer, der als Arzt auch im BSA und im ARBÖ wichtige Aufgaben übernommen hatte, war im Jahre 1986 der Kandidat der SPÖ für die Bundespräsidentenwahl. Bekanntlich wurde damals Kurt Waldheim als Kandidat der ÖVP in einer beispiellosen Propagandaaktion unter dem Slogan „Wir Österreicher wählen, wen wir wollen“ als Bundespräsident gewählt.

Es waren dies Jahre der Isolierung der höchsten Spitze unserer Republik in der ganzen Welt, denn die Ungenauigkeiten und das Verschweigen der Vergangenheit von Kurt Waldheim hat ihm und Österreich sehr geschadet. Auch die ÖVP musste im Jahre 1992 auf eine Wiederkandidatur verzichten. Kurt Steyrer aber ist seinen demokratischen Idealen und seiner Verantwortung gegenüber der Bevölkerung treu geblieben und ist die Jahre hindurch zum geachteten „Elder Statesman“ geworden. Namens des Bundesvorstandes gratulierten Alfred Ströer und Ernst Nedwed dem Freund und Mitkämpfer.

Erwin Lanc, langjähriger Mandatar, zunächst im Gemeinderat und dann im Nationalrat von 1966 bis 1983 und Bundesminister für Verkehr, später für Inneres und dann für Auswärtige Angelegenheiten, beging seinen 75. Geburtstag mit einem Festvortrag bei den Genossinnen und Genossen von Margaretten, in dem er einst Bezirksvorsitzender gewesen ist, und er lud dazu

auch Freunde und Mitkämpfer aus verschiedenen Bereichen der Sozialdemokratie ein. In seinem Vortrag setzte er sich vor allem mit der Zeit nach dem Ende des Faschismus auseinander und zeigte abschließend einige Perspektiven für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie auf.

Die Gratulation der Freiheitskämpfer war verbunden mit dem Dank für die klare antifaschistische Haltung in der Zeit, als Erwin Lanc die Aufgaben der inneren Sicherheit zu lösen hatte.

Vor allem ging es darum, die rechtsextreme Szene, die schon sehr frech geworden war, in die Schranken zu weisen.

Edgar Schranz, langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes und Bezirksvorsitzender der SPÖ Leopoldstadt, war zunächst im Bundesrat und dann von 1971 bis 1994 im Nationalrat tätig.

Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses hatte er eine wichtige Aufgabe übernommen, aber er war auch Sprecher für die Interessen der Opfer des Nationalsozialismus.

Edgar Schranz, der schon in seiner Jugend den Rassismuswahn der Nazis zu spüren bekommen hatte, war die Aufklärung über den Nazifaschismus und seine Verbrechen ein besonderes Anliegen. Beruflich war er in der Sozialversicherung tätig und schließlich auch Mitglied des neu gegründeten Kuratoriums des Nationalfonds im Jahr 1995.

Edgar Schranz, der aufgrund seiner Krankheit nicht mehr an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen kann, verfolgt unsere Arbeit mit größtem Interesse und konkreten Vorschlägen.

Wir gratulieren in solidarischer Verbundenheit zu seinem 75. Geburtstag. ■

Renner-Haus in Tschechien

Bundespräsident Heinz Fischer hat vor kurzem gemeinsam mit dem Staatspräsidenten der Tschechischen Republik Václav Klaus in Dolní Dunajovice (Unter-Tannowitz) in Südmähren nahe dem Grenzübergang Drasenhofen das renovierte „Dr. Karl Renner-Geburts-Haus“ feierlich eröffnet. An dem Festakt nahmen auch die Landeshauptleute Wiens und Niederösterreichs, Michael Häupl und Erwin Pröll, sowie der Präsident der Österreichisch-Tschechischen Gesellschaft, Altbürgermeister Helmut Zilk, teil.

Fischer sagte in seiner Ansprache, Karl Renner habe sowohl am Übergang von einer grausamen Diktatur zur Demokratie als auch schon am Übergang von der Monarchie zur Republik eine ganz wichtige Rolle gespielt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es ihm, so rasch wie möglich Wahlen zu

organisieren, was für die Entwicklung Österreichs unendlich wertvoll war. „Karl Renner war eine faszinierende Persönlichkeit, wenn auch nicht frei von Fehlern“, sagte Fischer.

Staatspräsident Klaus sagte, als tschechischer Politiker wäre er wahrscheinlich auf der „anderen Seite der Politik“ gestanden und hätte auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich anders gesehen als Renner. Jedenfalls sei dieser ein bedeutender sozialdemokratischer Politiker, Publizist, Kanzler und Bundespräsident gewesen, mit seiner pragmatischen Einstellung ein Integrationsfaktor für Österreich.

Die Eröffnung des Renner-Hauses sei ein bedeutender Moment für das österreichisch-tschechische Verhältnis, wozu auch das unermüdliche Engagement der Österreichisch-Tschechischen Gesellschaft beitrage. ■

„Das neue Österreich“

Dank der Initiative von Hannes Androsch, Peter Weiser und Herbert Krejci hat Österreich seit Mai doch eine repräsentative Ausstellung im Belvedere zum Staatsvertragsjubiläum bekommen. Ursprünglich wollte ja die Regierung gar keine große Ausstellung, erst Androsch hat dann für eine solche geworben. Die Schau im Belvedere behandelt mit zahlreichen Dokumenten, Fotos, Gemälden und anderen Schaustücken die geschichtlichen Perioden vom Ausklang der Monarchie über Erste Republik, Ständestaat, NS-Zeit bis zum EU-Beitritt. Im Beitrag über die NS-Zeit gibt Helene Maimann auch der Judenverfolgung und dem Widerstand breiten Raum. Der schauerlichste Gegenstand ist ein Original-Schafott aus dem Kriminalmuseum. Geöffnet bis 1. November 2005. ■

Gudenus wird ausgeliefert

Die Behauptung des Bundesrats John Gudenus, es habe im Dritten Reich keine Gaskammern gegeben, veranlasste die Staatsanwaltschaft, vom Wiener Landtag dessen Auslieferung zu verlangen. Erst nach Zustimmung kann ein gerichtliches Verfahren beginnen, ob Gudenus damit gegen das Verbotsgesetz verstoßen hat. Sowohl seitens des SPÖ- als auch des ÖVP-Gemeinderats-Klubs wurde erklärt, man werde dem Antrag des Staatsanwalts auf jeden Fall zustimmen. Allerdings muss zuerst der Immunitätsausschuss die Frage behandeln, dann wird dessen Entscheidung dem Landtag vorgelegt. Die SPÖ hält dies nicht für erforderlich. Die Gesetze reichen aus. Die Grünen verlangen eine Gesetzesänderung, die auch öffentliches Bezweifeln strafbar macht. ■

1940: Sozialistische Solidarität auf der Anklagebank

Einem Bericht der Gestapo aus dem Jahre 1939 ist zu entnehmen, dass im Zuge monatelanger Ermittlungen erhöhte Aktivitäten „illegaler Organisationsteile“ registriert werden konnten. Besonders ins Auge fiel die konspirative kommunistische Tätigkeit, die am 22. August 1939 in Wien und Wiener Neustadt Anlass zu einer Verhaftungswelle gab, bei der auch die bisher unauffällig überwachten Mitglieder der Revolutionären Sozialisten festgenommen wurden. Nach Einschätzung der Gestapo befanden sich unter den 44 als Revolutionäre Sozialisten eingestuft Personen 12 führende Funktionäre der RS. Unter ihnen waren Franz Pfannenstiel, Robert Uhlir, Helene Potetz, Friedrich Löwy, Otto Skritek, Hans Gmeiner, Otto Probst, Franz Koci, Rudolfine Muhr, Karl Honay u. a.

Gegen fünf Personen aus dieser Gruppe, nämlich Pfannenstiel, Uhlir, Löwy, Gmeiner und Potetz, wurde am 13. Juni 1940 Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Mitangeklagt waren außerdem Ida Fűrberg, Hermine Hromada, Marie Pokorny, Karoline Proksch und Frieda Weinlich, die in der Zeit von 5. September bis 26. Oktober 1939 festgenommen worden waren. Sämtliche Beschuldigte, mit Ausnahme von Helene Potetz, waren zu diesem Zeitpunkt ohne Verteidiger. Ihnen wurde vorgeworfen, vom Frühjahr 1938 bis Herbst 1939 Vorbereitungen getroffen zu haben, um mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern, einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Im Juni 1939 wurde die Organisation der Sozialistischen Arbeiterhilfe (SAH) von der Gestapo zerschlagen. Ihre Leiter, unter ihnen Friederike Nödl, Wilhelmine Moik und Karl Holoubek,

wurden festgenommen und angeklagt und in weiterer Folge zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. In dieser Situation beschloss der gelernte Eisengießer, ehemalige Schutzbündler und Februarkämpfer Franz Pfannenstiel, politische Gefangene, deren Angehörige und politische Flüchtlinge mit kleineren



Hans Gmeiner

Geldbeträgen zu unterstützen und ihre Lebenssituation zu verbessern. Bei diesen Bemühungen sollte ihn Helene Potetz, die bis zum Verbot der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1934 bei der sozialdemokratischen Bildungsorganisation angestellt war und von der er wusste, dass sie gute Kontakte zu Otto Bauer und zum „Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten“ (ALÖS) hatte, unterstützen. Konkret sollte ihre Freundin, Frieda Weinlich, die Verbindungen zu Emigrantenkreisen in Brünn und zum Bruder von Dr. Otto Haas, Josef Haas, herstellen, der die Sekretariatsarbeiten des ALÖS erledigte.

Eines Tages erhielt Pfannenstiel durch eine Botin des in Paris lebenden RS-Obmannes Joseph Buttinger Informationen über illegale Fluchtwege, die von Vorarlberg in die Schweiz führten, und den schriftlichen Hinweis: „Geh zur Anna Schilder, Rudolf-Alt-Platz 5, berufe Dich auf die Liesl und verlange x kg Wolle, die Wolle verwende zur

Unterstützung von inhaftierten Genossen und für Auswandererzwecke.“ Franz Pfannenstiel kam der Aufforderung nach, ging zu Anna Schilder, verlangte fünf Kilogramm Wolle und erhielt daraufhin 500 RM, die er für seine Hilfsaktionen verwendete. Z. B. überbrachte er zu Weihnachten 1938 Hermine Olah für ihren in



Franz Pfannenstiel

Dachau inhaftierten Sohn, Franz Olah, einen Geldbetrag, den diese an ihren Sohn weiterleitete.

Ida Fűrberg, Robert Uhlir, Friedrich Löwy, Marie Pokorny, Karoline Proksch und Hermine Hromada standen in engem Kontakt mit Pfannenstiel, Potetz und der Leitung der RS. Sie unterstützten deren vielfältige humanitäre Tätigkeit, indem sie wichtige Kurierdienste leisteten, im Sinne der SAH Geldbeträge weiterleiteten und Hilfesuchenden die illegale Auswanderung erleichterten.

Franz Pfannenstiel und Helene Potetz wurden bei dem am 20. November 1940 abgehaltenen Prozess zu Zuchthausstrafen von zwei Jahren und drei Monaten bzw. zwei Jahren und einem Monat verurteilt. Für die Dauer von zwei Jahren wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Robert Uhlir, Friedrich Löwy, Ida Fűrberg, Frieda Weinlich, Marie Pokorny, Hermine Hromada und Karoline Proksch wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und

17 Monaten verurteilt. Der zugleich mit Pfannenstiel verhaftete arbeitslose Industriekaufmann Hans Gmeiner war am 21. Juli 1940 während der Untersuchungshaft im Inquitsenspital des Landesgerichts verstorben. Franz Pfannenstiel wurde nach Verbüßung der über ihn verhängten Strafe in



Karoline Proksch

das NS-Konzentrationslager Dachau überstellt, wo er mit dem zuvor von ihm unterstützten Franz Olah zusammentraf. Im November 1944 wurde er zu einem Strafbataillon eingezogen, geriet in Gefangenschaft und verstarb dort. Zur Erinnerung an ihn wurde die 1924 von der Gemeinde Wien errichtete Wohnhausanlage in der Währinger Kreuzgasse, in der er bis zu seiner Verhaftung wohnte, „Pfannenstielhof“ benannt. ■

Edith Krisch

Mahnmal für Homo-Opfer

2006 wird Wien ein Mahnmal für homosexuelle Opfer der NS-Herrschaft erhalten. Es wird auf dem Morzinplatz, dem Gelände der ehemaligen Gestapo-Zentrale, errichtet werden. Zuvor wird noch entschieden, welcher der acht künstlerischen Entwürfe realisiert wird, sagte Stadtrat Mailath-Pokorny.

Sex-Zwangsarbeit im KZ

Bei einem Besuch des Konzentrationslagers Mauthausen und der Steinbrüche des Nebenlagers Gusen befand der „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler die Arbeitsproduktivität der Häftlinge als zu gering. Es war dies mitten im Krieg, als der Bedarf an Arbeitskräften der ursprüngliche Zweck der KZ-Haft, „Vernichtung durch Arbeit“, seine Ausschließlichkeit zu verlieren begann. Nun glaubte Himmler, die Arbeitsleistungen der Häftlinge und damit den Gewinn für die SS dadurch erhöhen zu können, dass er Häftlingsbordelle errichten ließ. Als Anreiz wurde 1942 ein fünfstufiges Prämiensystem eingeführt: 1. Hafterleichterung, 2. Verpflegungszulagen, 3. Geldprämien, 4. Tabakwarenbezug, 5. Bordellbesuch. Das System erforderte eine rigorose Überwachung und wurde von den Lagerkommandanten keineswegs konsequent durchgeführt.

Am 11. Juni 1942 erhielt das KZ Mauthausen das erste Häftlingsbordell des Großdeutschen Reichs als „Häftlings-Sonderbau“. Rekrutiert wurden ihre Insassinnen vor allem unter den „Asozialen“ in den Frauenlagern, die vor ihrer Haft als Prostituierte gearbeitet hatten. Sie wurden in demütigenden Untersuchungen aus dem „Krankenbau“ und

dem „Hurenblock“ ausgewählt. Laut Himmler sollten nur Frauen für die Bordelle herangezogen werden, die „nach Vorleben und Haltung für ein späteres geordnetes Leben nicht mehr zu gewinnen sind ... Wir sollten uns bei strengster Prüfung niemals den Vorwurf machen lassen müssen, einen für das deutsche Volk noch zu rettenden Menschen verdorben zu haben.“ Als in etlichen Konzentrationslagern „Sonderbauten“ errichtet wurden und Nachschub dafür ausging, wurden auch so genannte „Bettpolitische“, die wegen Beziehungen zu Ausländern oder „Rassenschande“ (Verkehr mit Juden) verurteilt waren, zu Zwangsprostituierten gemacht. Den männlichen KZ-Insassen wurde weisgemacht, es handle sich um „Freiwillige“. Auch wurde Frauen eine Freilassung nach sechs Monaten versprochen – das wurde aber nie eingehalten, sie wurden in ihr Stamm-KZ zurückgestellt. Viele Frauen kamen als Wracks zurück, erwarteten sie ein Kind, wurde eine Zwangsabtreibung vorgenommen.

In den Bordellen von Mauthausen und Gusen waren jeweils 10 bis 11 Prostituierte untergebracht. Es bestanden regulierte Öffnungszeiten, in denen sie den Häftlingen, die diese „Vergünstigung“ erlangt hatten, oft im Viertelstundentakt zur Verfü-

gung stehen mussten. Es gab einen ausdrücklichen Befehl, dass bei Lagerbesuchen die Bordelle wie die Verbrennungsanlagen nicht gezeigt werden durften. In manchen Lagern wurden mit den Sexsklavinnen Versuche unternommen, homosexuelle Häftlinge zu „bekehren“ oder in Eiswasser unterkühlte Männer durch die animalische Wärme nackter Frauen wiederzubeleben.

Obwohl Prostitution im Hitlerreich offiziell zunächst (vor dem Krieg) verboten war, gab es auch SS-Bordelle – über diese ist jedoch noch weniger Material vorhanden als über die Häftlingsbordelle. Dass sich die SS über viele Verbote hinwegsetzte, wird aus dem Bericht einer Zeitzeugin belegt, die von den Untersuchungen, die an den Straßenmädchen und den sich „freiwillig“ meldenden Frauen in den Lagern vorgenommen und dabei oft „ausprobiert“ wurden, erzählt: „Ich habe mir gedacht, warum probieren sie sie aus? Ist ihnen so viel daran gelegen – wohin schicken sie sie? Und dann haben sie sie eingeteilt. Die Schönsten, und das weiß ich ganz genau, die Schönsten kamen in die SS-Bordelle, Prostitution verboten bei den Nazis! Die weniger Schönen in die Soldatenbordelle und die Schlechtesten in die KZs. Nach Mauthausen sind auch welche gekommen.“

Nach der Befreiung wurden die meisten Bordelle zerstört; nur der „Sonderbau“, die Bordellbaracke gleich neben dem Eingang zum KZ Mauthausen, blieb erhalten. Die Baracke von Gusen wurde Teil einer Siedlung in Langenstein. In Ost- wie Westdeutschland wurden die Bordellbaracken auch deshalb bald niedergerissen, weil die Angst bestand, es würde den Besuchern sonst ein falsches Bild vom „Leben“ im KZ vermittelt. Hatten schon in den Lagern Vorurteile über die Zwangsprostituierten bestanden, so kamen sie erst recht bei den Entschädigungsverfahren nach dem Krieg zur Geltung, und nur wenige Frauen versuchten, um ihr Recht zu kämpfen. Die menschliche Einsicht des Auschwitz-Häftlings Hermann S. war nicht sehr verbreitet: „Die Frauen, die für dieses Bordell ausgewählt wurden, waren selbst Häftlinge. Die armen Geschöpfe wussten, worauf sie sich da einließen. Doch wer nie gehungert hat, nie den Knüppel auf dem Rücken spürte, nie von Hunden einer Wachmannschaft angefallen wurde, darf sich über diese Frauen nicht zum Richter aufwerfen.“

Ausführlich berichtet der Ausstellungskatalog „Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern“.

Gedenkstätte in Łódź

Die Stadt Wien unterstützt die polnische Stadt Łódź bei der Errichtung der Gedenkstätte Bahnhof Radegast mit 100.000 Euro. Von diesem Verladebahnhof wurden von 1941 bis 1942 die im Ghetto Litzmannstadt (auf diesen Namen hatten die Nazis Łódź umbenannt) zusammengepferchten Juden und Roma zur Zwangsarbeit und in die Vernichtungslager abtransportiert. Rund 145.000

Menschen wurden vom Bahnhof Radegast in die Lager Kulmhof und Auschwitz-Birkenau gebracht. Unter ihnen waren 4.999 jüdische Bürger aus Wien und 5.007 Roma und Sinti aus dem Burgenland. Bei den Gedenkfeierlichkeiten übergab Altbürgermeister Helmut Zilk die Spende aus Wien. „Die Schrecken des Holocaust dürfen nie vergessen werden“, sagte er in seiner Ansprache.

Kritik an NS-Opfer-Gesetz

Die Gleichstellung von NS-Opfern und Trümmerfrauen im von der Regierung vorgelegten Gesetzespaket bezeichnet der SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim als „Einheitsbrei“, weil NS-Opfer und „Trümmerfrauen“ in einem behandelt werden. Er fordert, die Rehabilitation der NS-Opfer in den Vordergrund zu stellen und die Urteile der Schandjustiz des NS-Regimes endgültig aufzuheben.

Jarolim: Man müsse klar trennen zwischen ökonomischen und politischen Opfern. Das Gesetz entspringe einer unwürdigen Verwässerungspolitik. Weiter erhofft sich der SPÖ-Abgeordnete endlich ein kräftiges politisches Zeichen auch für die Justizopfer des Austrofaschismus. Ein Entschließungsantrag der SPÖ dazu werde im Parlament ständig vertagt.

OÖ: Neuer Vorstand



Peter Weidner

Der Landesverband ●berösterreich des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und ●pfer des Faschismus hielt am 14. Jänner und 21. April 2005 eine Landeshauptversammlung ab, bei der der neue Landesvorstand gewählt wurde. Vorsitzender: Peter Weidner, Stv. Vorsitzende: Sabine Schatz, Dr. Helmut Fiereder, Thomas Hausleitner und Wolfgang Huber; Schriftführerin und Stv. Schriftführer: Ingrid Mailburger; Kassier und Stv. Kassierin: Walter Prieschl und Helga Kain; Beisitzer: Kurt Datzberger, Michael Eibl, Dr. Robert Eiter, Gerlinde Gierlinger, Helmut Edelmayr, Thomas Höpfl. ■

Alis Buch, Karikatur und Geburtstag



Dreifache Gratulation

Bei der Juni-Sitzung des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gratulierte Alfred Ströer namens des Präsidiums Fritz Inkret zu seinem 90., Walter Faderny zu seinem 80. und Johann Stippel zu seinem 65. Geburtstag.

Alfred Ströer hob die Leistungen und Verdienste unserer Mitkämpfer hervor: Fritz Inkret, der als Februarkämpfer in Leoben vor dem Standgericht der Austrofaschisten stand, Walter Faderny, der nach vielen Tätigkeiten

in der niederösterreichischen Partei und im Freien Wirtschaftsverband die Funktion des Kontrollvorsitzenden im Bund übernommen hat, und Johann Stippel, der nach seiner langjährigen Arbeit im Nationalrat vor allem in Wiener Neustadt, nämlich im Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung als auch im Mauthausenkomitee in dieser Region zusammen mit anderen Genossen wichtige Aufgaben, wie z.B. die Denkmalstiftung in der Serbenhalle, erfüllt. ■

Eingeladen wurde zur Eröffnung einer Ausstellung über Karikaturen und zur Präsentation des Buches „Im Brennglas“ von Ali Kohlbacher. Als Überraschung haben seine Freunde und Mitveranstalter dies mit einer Feier zum 70. Geburtstag verbunden. Unter den Gästen befanden sich der Botschafter der Republik Kuba, José Ramón Cabañas Rodríguez, und viele Freunde aus allen Bereichen der Sozialdemokratie und internationaler Solidaritätsgruppen. Namens der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer hielt

Alfred Ströer eine Laudatio für den engagierten Mitkämpfer für Frieden und Sozialismus, gegen Krieg und Faschismus.

Ali Kohlbacher ließ sein Leben und insbesondere sein politisches Engagement Revue passieren und freute sich über die Zuneigung, die ihm bei dieser Feier zuteil wurde. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von einer Gruppe chilenischer Freunde.

Das Buch mit Karikaturen und Texten „Im Brennglas“ ist in der SPÖ-Buchhandlung Löwelstraße erhältlich. ■

Wir gratulieren

Zum 103. Geburtstag: Leopold Hlavacek, Wien. 99. Geburtstag: Josef Dorfer, Zederhaus. 98. Geburtstag: Johann Thöne, Wien. 97. Geburtstag: Franz Komarek, Josef Votter, Wien. 95. Geburtstag: Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Karoline Sperlich, Wien. 94. Geburtstag: Anton Mies, Temitz; Dr. Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Paula Wiesinger, Wien. 93. Geburtstag: Gottfried Kreindl, Bruck/Mur; Aloisia Lackinger, Linz; Margarete Zach, Wien. 92. Geburtstag: Josef Prückler, Mönchhof; Dr. Johann Pippersteiner, Hedwig Sauer, Mag. Herma Schneeweiss, Emmy Studlar, Wien. 91. Geburtstag: Eduard Goldmann, Salzburg; Hermine Polka, Maria Tugendsam, Wien. 90. Geburtstag: Franz Weiss, Brunn/Gebirge; Reg.-R. Sepp Brandl, Kapfenberg; Aurelia Oberleitner, St. Pölten; Josef Mayer, Wels; Anna Hradil, Ludwig Lukasch, Margarete Schnabl, Grete Schneider, Herma Tichy, Wien. 85. Geburtstag: Leopoldine Rank, Baden; Alfred Kohlbacher, Bruck/Mur; Robert Zawiacic, Reichersberg; Margarethe Kehrein, Thörl; Ladislaus Kummer, Wiener Neustadt; Dr. Susanne Bock, Karl Diehs, Ing. Ferdinand Himself, Karl Mantler, Maria Novotny, LT-Präsident a.D. Hubert Pfoch, Dr. Kurt Steyrer, Max Tauber, Lorenz Wasinger, Wien. 80. Geburtstag: Johann Kaller, Gerasdorf; Johann Renten, Linz; Dir. Walter Faderny, Marie Kremlacsek, Anna Pekovits, Wilhelmine Terp, Wien. 75. Geburtstag: Julius Braunöder, Groß-Enzersdorf; Ing. Kurt Leskowa, Guntramsdorf; Aloisia Lippert, Schwechat; Maria Derflinger, Steyr; Helga Dallinger, Alfred Heinrich, Robert Hons, Hans Kosar, Bez.-R. Wilhelm Kummer, BM a.D. Erwin Lanc, Hilde Oberbichler, Herbert Piererfellner, Hedwig Pötttschacher, Abg. a.D. Dr. Edgar Schranz, Josef Staffel, Kurt Suck, StR a.D. Josef Veleta, Wien.

Erika Weinzierl 80

Die langjährige Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, Univ.-Prof. Erika Weinzierl, stand jüngst anlässlich ihres 80. Geburtstags im Mittelpunkt einer Festveranstaltung im Wien Museum.

Die habilitierte Kirchenhistorikerin fand gerade von ihrem ursprünglichen Forschungsgebiet, der katholischen Kirche, zur Zeitgeschichte. Sie sah sich nämlich dabei mit der Rolle des katholischen Antisemitismus konfrontiert, der zweifellos auch politische Auswirkungen hatte, nicht nur in der gehässigen Judenfeindschaft der Christlichsozialen von Lueger bis Kunschak, sondern auch in der Aufbereitung eines ideologischen Untergrunds, der letztlich in der von vielen betriebenen und von noch mehr begrüßten oder geduldeten Ausrottungsmanie Hitlers gipfelte.

Erika Weinzierl hat es gewagt, dieses Feld der Zeitgeschichte mit ihrem Buch „Zu wenig Gerechte“ in den frühen Siebzigerjahren aufzudecken, als zu diesem Thema noch weitgehend gesellschaftliches Schweigen herrschte. Sie heizte damit die öffentliche Debatte über die „Täter“ an, die damals noch gern unter dem Mantel des „Hitler-Opfers“ Österreich versteckt blieben. Kein Wunder, dass ihr Bestehen auf „Permanenz der Erinnerung“ besonders von der FPÖ wütend bekämpft wurde. ■

„Jetzt ist er böse, der Tennenbaum“

Der ‚Herr Karl‘ wollte einem Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit ‚Au‘, kommentierte Hans Weigel die weithin geäußerte Empörung, als 1961 Helmut Qualtingers „Herr Karl“ über die Bildschirme gelaufen war. Ausgerechnet im „Jubiläum“ 2005 sah man nun im Jüdischen Museum Wien eine Ausstellung unter obigem Titel, zu der zwar schon seit einigen Jahren Material zusammengetragen worden war, die aber gerade anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Zweiten Republik auch als – wenn auch für so manchen peinlicher – Beitrag dazu gesehen werden muss. Zur Erinnerung: Der Herr Karl, vielseitiger Mitläufer und Wendehals, er-

zählt verwundert, dass der aus der Emigration zurückgekehrte Tennenbaum, den er 1938 zur berrückigten „Reibpartie“ – „a Hetz“ – holte, seinen Gruß nicht erwidert.

Das Verhalten auch des offiziellen Österreich zu diesem Komplex war lange wahrlich kein Ruhmesblatt angesichts der mehr als 67.000 Ermordeten und 120.000 Vertriebenen. Erst durch die Waldheim-Debatte ist etwas aufgebrochen, worüber zuvor gern geschwiegen wurde, und Vranitzky suchte als Erster neue Wege einer Aufarbeitung. Die Dokumentation im Jüdischen Museum erlaubte einen Blick auf ein Verhalten, das ebenfalls zu der Erinnerungsarbeit gehört, die heuer großgeschrieben wird. ■



Österreichische Jugendliche beim Gedenkmarsch von Auschwitz nach Birkenau

In Kürze

Buchenwald-Feier

An der zentralen Gedenkfeier am 10. April zum 60. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau Dora nahmen auch unser Genosse Eduard Goldmann und die österreichische KZ-Vereinigung Buchenwald unter der Leitung ihres Obmannes Albert Dlabaja teil.

March of the Living

Freunde, Mitglieder unseres Bundes, unter ihnen einige, deren Eltern dem Rassenwahn der Nazis ausgesetzt waren oder Widerstand gegen den Faschismus leisteten, beteiligten sich am 5. Mai an dem internationalen March of the Living von Auschwitz nach Birkenau, organisiert von einem jungen Team der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

KZ Saurer-Werke

Am 5. April 2005 fand vor dem Gedenkstein für die KZ-Häftlinge der Saurer-Werke in Simmering eine vom Verein für die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten „Niemals vergessen“ organisierte Erinnerungsfeier statt. (Ausführlicher Bericht über die Saurer-Zwangsarbeiter im „Kämpfer“ 1-2-3/2005.)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Juni 2005. Nächstes Heft: September 2005.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges. m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0.

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Zulassungsnummer: GZ 02Z03355M

HERRN
THOMAS NEDWED
SCHRAUFG. 4
1150 WIEN